



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Interkulturalität, Serviceorientierung und Weltoffenheit in den bayerischen Ausländerbehörden**

Der Landtag wolle beschließen:

Nach dem Bekanntwerden des Vorgehens der Ausländerbehörde des Landkreises Passau gegenüber einem geduldeten Iraner, der zur Ausstellung einer Arbeitserlaubnis in die Behörde gebeten wurde und dort am 29. September 2022 festgenommen worden ist, wird die Staatsregierung aufgefordert dem Landtag zu berichten.

Dabei soll auf folgende Fragen eingegangen werden:

1. Wie sichert die Staatsregierung die gesetzeskonforme Abschiebep Praxis der Ausländerbehörden in Bayern?
2. Was hat die Staatsregierung bisher unternommen, um eine gesetzeskonforme Pflichterfüllung der Ausländerbehörden in Bayern sicherzustellen?
3. Wie beurteilt die Staatsregierung das Verhalten der Ausländerbehörde des Landkreises Passau im genannten Fall?
4. Welche Verwaltungsvorschriften, obligatorische Weiterbildungsmaßnahmen und sonstige Initiativen sind für die Ausländerbehörden in Bayern vorgesehen mit dem Ziel, die Beantragenden zuvorkommend, freundlich und lösungsorientiert zu behandeln?
5. Welche konkreten Maßnahmen werden durch die Ausländerbehörden durchgeführt, um die Fähigkeiten der Mitarbeitenden in den folgenden Kernbereichen zu fördern:
  - a) Organisation interner Prozesse und Arbeitsabläufe auch zur Wirkung von Service- und Kundinnen- bzw. Kundenorientierung,
  - b) Personalentwicklung zur Stärkung der interkulturellen Kompetenzen,
  - c) Vernetzung und Zusammenarbeit mit weiteren für die Integration wichtigen Akteuren vor Ort?

### **Begründung:**

Nach mehreren durch die Medienberichterstattung bekannten Abschiebeversuchen der Ausländerbehörden von gut integrierten Geflüchteten stellt sich die Frage nach Transparenz beim Vorgehen der Behörden. Auch wenn den Ausländerbehörden Ermessensspielräume eingeräumt werden, muss die Praxis gesetzeskonform und kontrollierbar sein. Es sollte auch im Sinne der Staatsregierung sein, dass die nachgeordneten Behörden gesetzeskonform und kundinnen- bzw. kundenfreundlich agieren. Es muss über die Vorgaben der Staatsregierung und die fehlenden Maßnahmen diskutiert und Lösungswege aufgezeigt werden. Das ist die Aufgabe des Landtages.